

3/SN-321/ME 1 von 2

AMT DER BURGENLÄNDISCHEN LANDESREGIERUNG
Landesamtsdirektion - Verfassungsdienst

Zahl: LAD-VD-1313/93-1993

Eisenstadt, am 30.9.1993

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit
dem das Zolllarifgesetz 1988 geändert
wird; Stellungnahme

Telefon (02682)-600
Klappe 2264 Durchwahl

Bundesministerium für Finanzen
Integrations- und Zollsektion
Himmelpfortgasse 4 - 8
Postfach 2
1015 Wien

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl.	62 -GE/19-93
Datum:	4. OKT. 1993
Verteilt	05. Okt. 1993

H. Mustyn

Zu dem mittels Telefax vom 21.9.1993 übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Zolllarifgesetz 1988 geändert wird, erlaubt sich das Amt der Burgenländischen Landesregierung mitzuteilen, daß vom Standpunkt der vom ho. Amt zu wahrenen Interessen kein Anlaß zur Geltendmachung von Bedenken oder Abänderungswünschen besteht.

Beigefügt wird, daß u.e. 25 Mehrausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet werden.

Für die Landesregierung:
Im Auftrag des Landesamtsdirektors:
Dr. Rauchbauer eh.
(Leiter des Verfassungsdienstes)

F.d.R.d.A.

Bickerman

Zl. u. Betr. w. v.

Eisenstadt, am 30.9.1993

1. Dem Präsidium des Nationalrates, Dr. Karl Renner-Ring 3,
1017 Wien, 25-fach,
2. Allen Ämtern der Landesregierungen (z.H. der Herren Landes-
amtsdirektoren),
3. Der Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der NÖ.
Landesregierung, Schenkenstraße 4, 1014 Wien,

zur gefälligen Kenntnis.

Für die Landesregierung:
Im Auftrag des Landesamtsdirektors:
Dr. Rauchbauer eh.
(Leiter des Verfassungsdienstes)

F.d.R.d.A.

